№ 24. Sonnabend, den 28. Januar 1899. 26. Jahrgang.

Erscheint wöchentlich 6 mal Abends.
Bezugspreis für Thorn bei Abholung in der Geschäftsstelle, Brückenstraße 34, in den Ausgabestellen und bei allen Reichs-Postanstalten 1,50 Mark vierteljährlich, 50 Pf. monatlich, in's Haus gebracht 2 Mark.

Thorner Ostdeutsche Zeitung.

Anzeigengebühr
die 5gesp. Kleinzeile oder deren Raum 10 Pf., an bevorzugt. Stelle (unter dem Strich) die Zeile 20 Pf. Anzeigen-Annahme: in der Geschäftsstelle, Brückenstr. 34, für die Abends erscheinende Nummer bis 2 Uhr Nachm. Auswärts: Sämmtl. Zeitungen u. Anzeigen-Annahme-Geschäfte.

Schriftleitung: Brückenstraße 34, 1 Treppe.
Sprechzeit: 10—11 Uhr Vormittags und 3—4 Uhr Nachmittags.

Fernsprech-Anschluß Nr. 46.
Anzeigen-Annahme für alle auswärtigen Zeitungen.

Geschäftsstelle: Brückenstraße 34, Laden.
Geöffnet von Morgens 8 Uhr bis Abends 8 Uhr.

Das neue Reichsbankgesetz.

In einer Zeit, in der das Agrarierthum mehr als je Trumpf ist, mußte man auf die Vorschläge der Reichsregierung wegen Erneuerung des am 31. d. M. ablaufenden Privilegs der Reichsbank nicht wenig gespannt sein. Die Agrarier haben seit Jahr und Tag einen theils offenen, theils versteckten Krieg gegen den Reichsbankpräsidenten Dr. Koch geführt, den sie der Nichtberücksichtigung der Interessen der Landwirthschaft anklagten. Man erinnert sich der leidenschaftlichen Erörterungen über die Gleichstellung der landschaftlichen Pfandbriefe mit den Staatspapieren bezüglich der Lombardirung, die zur lebhaften Unzufriedenheit der Agrarier ihren Abschluß dadurch fanden, daß nicht der Lombardzinsfuß für die Pfandbriefe erhöht, sondern derjenige für die Staatspapiere auf den gleichen Satz ermäßigt wurde. Bezüglich der weiteren Forderung der Zulassung der Zuckervorräthe zur Lombardirung durch die Reichsbank ist die Reichsbankleitung den Agrariern schließlich entgegengekommen. Nur in einem Punkt hat Präsident Koch dem agrarischen Ansturm nachhaltig und mit Erfolg widerstanden, indem er sich unter Berufung auf den Grundsatz, daß die Reichsbank im Interesse der Sicherheit des Geldumlaufs nur kurzsichtige Wechsel diskontire, weigerte, die Mittel der Reichsbank dem landwirthschaftlichen Personalkredit zur Verfügung zu stellen. Nachdem diesem Bedürfniß durch die Schaffung der preußischen Zentralgenossenschaftskasse innerhalb der Grenze des Möglichen entsprochen worden ist, hätte man erwarten sollen, daß die Agrarier den Kampf gegen die Reichsbank einstellen würden. Anstatt dessen begannen sie, die Diskontpolitik der Reichsbank unter dem Vorgeben anzugreifen, daß die jeweilig hohen Diskontsätze der Reichsbank die gewerbliche und landwirthschaftliche Thätigkeit Deutschlands ungebührlich belasten, indem sie die Thatsache, daß die Diskonterhöhungen durch die großartige Industrie und des Handels in Deutschland erzwungen wurden, in bimetallistischer Voreingenommenheit ignorirten und der Diskontpolitik der Reichsbank die angeblich vortreffliche Goldprämienpolitik der französischen Bank gegenüberstellten. Obgleich thatsächlich die Diskontpolitik der Reichsbank der Einwirkung der Antheilsorgane, die über die Höhe des Diskontsatzes nur gutachtlich gehört werden, entzogen und der von dem Reichstage geleiteten Reichsbankverwaltung unterstellt ist, wurde immer wieder insinuirt, daß die „Millionäre", in deren Besitz sich die Bankantheile befinden, im eigenen Interesse die Festsetzung der Diskontsätze beeinflußten und daß diesem anormalen Zustande nur durch die Kündigung des Privilegs der Reichsbank und durch die Schaffung einer wahren Reichsbank mit Reichskapital ein Ende gemacht werden könne. Dieser Auffassung tritt die Begründung der vom Bundesrath beschlossenen Vorlage mit erfreulicher Bestimmtheit entgegen.

„Die Festsetzung des Diskontsatzes der Zentralnotenbank", heißt es in den Motiven, „ist einer den Einflüssen des Privatvortheils völlig entrückten Stelle übertragen. Für die Entschließung dieser Stelle kann und darf nur die Rücksicht auf das öffentliche Interesse maßgebend sein. Wenn die Reichsbank-Verwaltung eine Erhöhung des Satzes für geboten oder eine Ermäßigung für nicht angängig erachtet, so geschieht dies lediglich, weil sie nach der Gestaltung der Verkehrsverhältnisse, nach der Lage des Geldmarktes nach dem Stande der fremden Wechselkurse darauf Werth legen muß, den Kreditbegehr einzuengen, die Heranziehung von Gold zu fördern oder dem Goldabfluß entgegenzuwirken."

Die deutschen Regierungen haben diese Diskontpolitik der Reichsbank nicht nur dadurch anerkannt, daß sie die bestehende Verfassung der Reichsbank unbedingt bestätigt haben. Sie haben darüber hinaus die Nothwendigkeit anerkannt, die Diskontpolitik der Reichsbank in Zukunft gegen Durchkreuzung durch die in Betracht kommenden Privatnotenbanken — Frankfurter Bank, Bayerische Notenbank, Sächsische Bank zu Dresden, Württembergische Notenbank, Badische Bank, Bank für Süddeutschland — zu schützen, indem sie beantragen, die letzteren zur Aufgabe der seit 1876 befolgten Praxis, im Interesse der Ausdehnung ihrer Geschäftsthätigkeit billigeren Kredit als die Reichsbank zu geben, zu zwingen und sie ein für alle Mal zu verpflichten, nicht unter dem Satze der Reichsbank zu diskontiren und zwar unter Androhung der Entziehung der Befugniß zur Ausgabe von Banknoten im Falle der Zuwiderhandlung. Die Vorlage hat darnach nicht nur eine durchgreifende Aenderung im Bestande der Reichsbank, wie Agrarier und Bimetallisten sie verlangen, weil sie von einer anderweitigen Organisation eine Förderung ihrer Interessen oder eine Durchführung ihrer Währungsideal erwarten, von Anfang an abgelehnt; sie hat durch die Sicherstellung der Diskontpolitik der Reichsbank gegen illoyale Konkurrenz der Privatnotenbanken das bestehende System befestigt und durch Erhöhung des Bankkapitals von 120 auf 150 Millionen die Reichsbank in den Stand gesetzt, den namentlich in den letzten Jahren außerordentlich gestiegenen und voraussichtlich noch weiter steigenden Verkehrsbedürfnissen in vollem Umfange zu genügen.

So stellt sich denn das neue Reichsbankgesetz als eine völlige Desavouirung der agrarischen Forderungen und als eine weitere Festigung der bisherigen gesunden Reichsbankpolitik dar.

Vom Reichstage.

19. Sitzung vom 26. Januar.

Die Berathung des Etats des Reichsamts des Innern wird fortgesetzt. Zur Debatte steht zunächst ein Antrag Prinz Carolath, den Reichskanzler um Einstellung von 50 000 M. in den Etat zu ersuchen als Beihilfe zu den Kosten eines Goethe-Denkmals in Straßburg i. E.

Abg. Prinz Carolath (Hospitant der Nationalliberalen) befürwortet mit Wärme seinen Antrag.

Abg. Riff (Hospitant der freisinnigen Vereinigung) tritt ebenfalls für den Antrag ein.

Abg. Schädler (Zentr.) lehnt denselben ab, weil er glaubt, daß man die Sympathien für Elsaß-Lothringen durch andere und bessere Mittel zum Ausdruck bringen könne, als durch Annahme dieses Antrages. Fraglich sei es auch, ob gerade Straßburg der passende Ort sei und ob Goethe dort gerade für die Studenten als Vorbild aufzustellen sei. Und ebenso frage man sich, ob Goethe gerade als Muster des Patriotismus hinzustellen sei. Das Reich brauche wahrhaftig nicht einspringen für ein von Straßburg für Straßburg gewolltes Denkmal. Straßburg möge doch die Sache selbst zu Ende führen. Zu fürchten seien auch die Konsequenzen des Antrages. Wer bürge dafür, daß nicht morgen Einer oder der Andere der hochverehrten Herren irgend einen anderen Dichterheros oder einen anderen großen Mann für so bedeutend halte und mit einem gleichen Antrage komme. Er bitte um Ablehnung des Antrages.

Der Antrag gelangt hierauf zur Annahme.

Beim Titel Kommission für die Arbeitsstatistik befürwortet Abg. Heine (Soz.) eine Eingabe von Bureauangestellten bei Rechtsanwälten 2c. über zu lange Arbeitszeit, Beschäftigung von Personen in noch zu jugendlichem Alter.

Abg Bebel (Soz.) bemängelt, daß die Kommission so selten tage und unterzieht sodann die Bäckereiverordnung einer längeren Besprechung.

Staatssekretär Graf Posadowsky führt aus, in Bezug auf das Gastwirthsgewerbe würden die Protokolle der Vernehmungen vor der Kommission in den nächsten Tagen fertiggestellt sein. Die gesetzgeberischen Vorbereitungen zur Abhilfe der Uebelstände, welche von der Kommission festgestellt worden seien, würden dann sofort erfolgen. Beschwerden über unzulängliche Ausführung der bundesräthlichen Bestimmungen im Bäckereigewerbe sollten an die einzelstaatlichen Behörden gerichtet und in den Landtagen vorgebracht werden. Weitere Verordnungen für Glasfabriken, Thomasschlacke-, Bleizink-Fabriken 2c. würden im Reichsamte des Innern erwogen.

Abg. Oertel (Bund der Landwirthe) meint, im Bäckereigewerbe genüge die Festsetzung einer Minimalruhezeit.

Abg. Bebel (Soz.) hält dem Vorredner vor, der Bund der Landwirthe arbeite auf den Ruin des Mittelstandes hin durch Fleischerei-, Bäckerei-, Milchverkaufs-Genossenschaften 2c.

Abg. Schwarz-München (wildlib.) bemerkt, daß in München die Durchführung der Bäckereiverordnung für eine große Anzahl Betriebe einfach unmöglich sei.

Abg. Frhr. v. Stumm (Rp.) bezeichnet das Bäckerei-Gewerbe als das gesündeste Gewerbe.

Abg. Molkenbuhr (Soz) tritt für die Bäckereiverordnung ein und wendet sich schließlich gegen die Oertelschen Auslassungen.

Abg Hitze (Zentr.) bemerkt, die Bäckereiverordnung sei jedenfalls eine Thatsache, und nachdem sie einmal erlassen sei, müsse sie zweifellos durchgeführt werden, ohne Rücksicht auf die Klagen über Denunziationen. Wolle man einmal in solchen sozialen Dingen etwas thun, so dürfe man auch vor den Konsequenzen nicht zurückschrecken, wenn sie auch Einige schmerzten.

Der Titel wird bewilligt.

Beim Kapitel „Statistisches Amt" erörtert Abg. Dr. Roesicke (willib.) die früher laut gewordenen Lobsprüche über die Hebung der deutschen Ausfuhr und meint, daß diese Behauptung übertrieben sei. Bei den in den amtlichen Publikationen angegebenen Ziffern habe sich ein Druckfehler von 100 Millionen eingeschlichen; stelle man denselben richtig, so ergebe sich nicht ein Aufschwung, sondern ein Rückgang unserer Ausfuhr. Unter solchen Umständen sei es auffällig, daß in der Thronrede bei Eröffnung des Landtages von einer Hebung des Wohlstandes unter dem Volke die Rede war.

Abg. Böckel (Antis.) wünscht einen Nachweis über die Werthe, welche bei den Zwangsversteigerungen verloren gehen.

Staatssekretär Graf Posadowsky hält die Roesicke'schen Ausführungen, die dieser an die statistischen Ziffern geknüpft hatte, für unrichtig und die Forderung einer Zahlungsbilanz für undurchführbar.

Der Titel 2 betr. die Bauunterbeamten des statistischen Amtes wird der Budgetkommission zur Beschlußfassung über dazu vorliegende Petitionen überwiesen; der analoge Beschluß wird bezüglich der Bureaubeamten der Normalaichungskommission gefaßt, im Uebrigen die Etats beider Aemter genehmigt.

Nächste Sitzung Sonnabend 1 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Berathung, ferner Marine- und Post-Etat.

Das neue Invalidenversicherungs-Gesetz.

Der dem Reichstage zugegangene neue Entwurf eines Invaliden-Versicherungsgesetzes trifft grundsätzliche Aenderungen nicht, enthält aber wieder eine ganze Reihe von Vorschriften. So ist der Kreis der versicherten Personen erweitert. Es sollen künftig nicht bloß auch Werkmeister und Techniker, sowie Lehrer und Erzieher, sondern auch im allgemeinen Angestellte, deren dienstliche Beschäftigung ihren Hauptberuf bildet, versicherungspflichtig sein. Damit würden sämmtliche Hilfspersonen im Haushalt oder bei sonstigen Verrichtungen, Beamte ohne Pensionsanwartschaft u. s. w. in den Kreis der Versicherungspflicht einbezogen werden. Des Weiteren ist die Wartezeit für den Rentenbezug herabgesetzt. Statt 235 Beitragswochen, wie bisher, soll die Wartezeit bei der Invalidenrente künftig 200 dauern und statt 1410 Beitragswochen, wie bisher, künftig 1200 bei der Altersrente. Einen wesentlichen Vortheil für die Versicherten stellt auch die Bestimmung dar, daß der Bezug der Invalidenrente bei nicht dauernder Erwerbsunfähigkeit schon nach 26 Wochen, also einem halben Jahre, nicht wie bisher nach einem Jahre eintritt. Ferner ist die Krankenfürsorge durch die Versicherungsanstalten auszubauen versucht worden. Bekanntlich ist bereits durch die Krankenversicherungsnovelle, welche am 1. Januar 1893 in Kraft trat, den Berufsgenossenschaften die Befugniß beigelegt, auch vor dem Ablauf der ersten 13 Wochen nach dem Eintritt eines Unfalles den Verletzten in eigene Behandlung zu nehmen, wofür die Krankenkassen dann gewisse Entschädigungen zu zahlen haben. In ähnlicher Weise soll jetzt das Heilverfahren durch die Versicherungsanstalten geregelt werden. Es wird dadurch eine bessere Gewähr dafür gegeben, daß die erkrankten Versicherten die völlige oder die größtmögliche Erwerbsfähigkeit wiedererlangen. Für die höher gelohnten Arbeiter soll eine neue Lohnklasse, die natürlich auch eventuell eine höhere Rente in Aussicht stellt, eingeführt werden, wie denn überhaupt eine Aenderung in der Berechnung der Renten zu einer Erhöhung derselben in den höheren Lohnklassen führen soll. Schließlich will der neue Entwurf auch das Verfahren bei der Bewilligung der Renten wesentlich verbessern und damit den Mängeln, die sich bezüglich der Promptheit in der Erledigung der gestellten Ansprüche gezeigt haben, abhelfen.

Die neuen Bestimmungen sollen, so weit sie sich auf Herstellung oder Veränderung der zur Durchführung der Invalidenversicherung erforderlichen Einrichtungen beziehen, am Tage der Verkündigung, im übrigen am 1. Januar 1900 in Kraft treten. Der sehr umfangreichen Vorlage ist eine noch umfangreichere Begründung, die für sich allein mehr als 200 Quartseiten in Anspruch nimmt, beigegeben.

Das Reliktengesetz für Volksschullehrer.

Der wesentliche Inhalt des dem Abgeordnetenhause zugegangenen Reliktengesetzes für Volksschullehrer ist folgender: Die Wittwe und die hinterbliebenen ehelichen oder durch nachgefolgte Ehe legitimirten Kinder eines Lehrers, der zur Zeit seines nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes erfolgten Todes entweder an einer öffentlichen Volksschule angestellt war und Anspruch auf lebenslängliches Ruhegehalt im Falle der Versetzung in den Ruhestand erworben hatte, oder aus dem Dienste an einer öffentlichen Volksschule mit lebenslänglichem Ruhegehalt in den Ruhestand versetzt war, erhalten Wittwen- und Waisengelder. Keinen Anspruch auf Wittwen- und Waisengelder haben 1. diejenigen Wittwen und Waisen, denen es auf Grund des Gesetzes über die Fürsorge für die Wittwen und Waisen der unmittelbaren Staatsbeamten zusteht; 2. die Wittwen und Waisen derjenigen Lehrer, die nur nebenamtlich in öffentlichen Volksschulen angestellt waren; 3. die Wittwen und Kinder aus der Ehe eines Lehrers, die erst nach seiner Versetzung in den Ruhestand geschlossen ist, 4. Wittwen und Kinder eines mit Belassung eines Theiles des gesetzlichen Ruhegehalts aus dem Dienste entlassenen Lehrers. Das Wittwengeld besteht aus 40 vom Hundert des Ruhegehalts, zu welchem der Verstorbene berechtigt gewesen wäre, mindestens soll es aber 216 Mark betragen, 2000 Mk. jedoch nicht übersteigen. Die Waisengeldbeträge für Kinder, deren Mutter lebt, betragen ein Fünftel des Wittwengeldes für jedes Kind, für Kinder, deren Mutter nicht mehr lebt, ein Drittel des Wittwengeldes. Wittwen- und Waisengelder dürfen weder einzeln noch zusammen den Betrag des Ruhegehalts übersteigen, zu dem der Verstorbene berechtigt gewesen war. War die Wittwe mehr als 15 Jahre jünger als der Verstorbene, so wird das Wittwengeld für jedes angefangene Jahr des Altersunterschiedes über 15 bis einschließlich 25 Jahre um ein Zwanzigstel gekürzt. Keinen Anspruch auf Wittwengeld hat die Wittwe, wenn die Ehe mit dem verstorbenen Lehrer innerhalb drei Monate vor dem Ableben geschlossen ist und die Eheschließung zu dem Zwecke erfolgt ist, um der Wittwe den Bezug des Wittwengeldes zu verschaffen. Das Wittwengeld wird bis zur Höhe von 240 Mark, das Waisengeld für Halbwaisen bis zur Höhe von 48 Mark, für Vollwaisen bis zur Höhe von 80 Mark jährlich aus der Staatskasse gezahlt. Zur Aufbringen des nicht durch Staatsbeitrag gedeckten Wittwen- und Waisengeldes sind die Schulverbände verbunden. Behufs gemeinsamer Bestreitung des durch Staatsbeitrag nicht gedeckten Theils der Wittwen- Waisengelder werden die zur Aufbringung verpflichteten Schul-

verbände in jedem Regierungsbezirk zu Bezirks-Wittwen- und -Waisenkassen verbunden. Kein Lehrer einer öffentlichen Volksschule ist fortan verpflichtet, einer die Fürsorge für die Hinterbliebenen bezweckenden Veranstaltung beizutreten, oder sofern er einer solchen auf grund einer ihm auferlegten Verpflichtung beigetreten ist, in derselben zu verbleiben. Scheidet er auf grund dieses Gesetzes aus der Veranstaltung aus, so verliert er alle Ansprüche an diese ohne Entschädigung.

Deutsches Reich.

Zur Welfenfrage berichtet die Wiener „N. Fr. Pr.": Die Meldung daß Prinz Georg Wilhelm von Cumberland sich bereit erklärt habe, die staatsrechtlichen Folgen des Krieges von 1866 anzuerkennen, sowie daß er den Fahneneid als preußischer Offizier leisten wolle, wird in Kreisen, die dem Cumberlandschen Hofe nahe stehen als unwahr bezeichnet.

In der Reichstagssitzung vom 21. d. Mts. unterbrach Präsident Graf Ballestrem den Abg. Wiemer, als er von der Oeynhausener Rede des Kaisers, in der das Gesetz zum Schutze der Arbeitswilligen angekündigt wurde, sprechen wollte. Der Präsident erklärte nach dem stenographischen Bericht: „Ich werde keinen Redner hindern, Reden Sr. Maj. des Kaisers oder eines der höchsten und hohen Bundesfürsten hier bei den Erörterungen zu erwähnen, jedoch, meine Herren, setzt dieses voraus, daß die Reden dieser höchsten und hohen Personen dem Reichstag authentisch bekannt geworden sind. Unter „authentisch" verstehe ich, daß sie uns auf geschäftsordnungsmäßigem Wege zugehen, wie z. B. die Thronrede oder andere Kundgebungen des Kaisers ähnlicher Art oder daß sie im „Reichs- und Staatsanzeiger" ihrem Wortlaut nach veröffentlicht sind. Ich glaube, die Ehrfurcht, die wir Sr. Maj. dem Kaiser und den hohen Bundesfürsten schulden, aber ebenso auch die Würde des Reichstags erfordert es, daß der Reichstag von Reden, welche nur durch Zeitungsnachrichten oder sonstige nicht authentische Kundgebungen in die Oeffentlichkeit gelangt sind, keine Notiz nimmt und ich bitte die Herren Redner, sich darnach zu halten." — Inwiefern die Unterscheidung zwischen „authentischen" und nicht authentischen Reden des Kaisers im Zusammenhang mit der Ehrfurcht oder mit der Würde des Reichstags steht, kann man dahin gestellt sein lassen. Thatsächlich aber wird jetzt konstatirt, daß die Rede des Kaisers in Oeynhausen im „Reichsanzeiger" im Wortlaut publizirt worden, mit anderen Worten, daß sie auch im Sinne des Präsidenten „authentisch" ist.

Im Abgeordnetenhause brachte Szmula eine Interpellation ein, die Regierung zu befragen, wie sie sich zur Leutenoth in den östlichen Provinzen stelle.

Die sozialdemokratische Fraktion hat auf Wunsch des Abgeordneten Schmidt-Magdeburg beschlossen, den Antrag einzubringen, der Reichstag möge die Genehmigung zur strafrechtlichen Verfolgung Schmidts wegen Majestätsbeleidigung (wegen der bekanntlich der Redakteur des sozialdemokratischen Organs in Magdeburg zu vier Jahren Gefängniß bereits verurtheilt ist) ertheilen.

Die „nationale Politik" der Regierung findet die Anerkennung der „Deutsch. Tageszig." Das Bündlerblatt begrüßt die in der Polenfrage eingetretene Wendung, und mit Genugthuung sieht es, wie Herr v. Köller „die Nordmark in echt Bismarckschem Sinne wiedererobert". Zufrieden ist es aber trotzdem nicht: die „nationale Politik" muß größer sein. Was es will ergiebt sich aus folgenden Sätzen: „In einer Hinsicht haben viele Kreise der Bevölkerung noch nicht die Ueberzeugung, daß die Regierung den nationalen Forderungen mit dem gehörigen Nachdruck gerecht wird. Wir meinen die Judenfrage. Es unterliegt keinem Zweifel, daß bei uns in Deutschland sehr viele ausländische Juden sich aufhalten, deren Abschiebung in hohem Grade wünschenswerth wäre. Nationale Anhänglichkeit an das Volk, bei dem sie bis zu ihrer Uebersiedelung nach Deutschland zu Gaste waren, liegt ihnen selbstverständlich fern, sie fallen natürlich auch nicht als Dänen, Galizier, Polen, Russen u. s. w. lästig, sondern nur als Juden, als ein unerwünschtes wirthschaftliches und politisches Element."

Zum Kampfe gegen Dänemark auf wirthschaftlichem Gebiete fordert die „Korrespondenz des Bundes der Landwirthe" die Regierung auf, vorzugehen. Man solle „nicht Deutschland fortgesetzt mit dem Bezuge der Produkte der dänischen Landwirthschaft überschütten lassen." Das wäre, so meint die Korrespondenz, eine kraftvolle, nationale Wirthschaftspolitik. — Der Hintergrund dieser „nationalen Gesinnung" ist das Bestreben, in der Preistreiberei, insbesondere von Vieh und Fleisch, durch die Fernhaltung dänischer Einfuhr nicht behindert zu sein. Zudem kommt ja für die Agrarier ein Export von Hammeln, Zucker und Schnaps nach Dänemark nicht in Frage.

Das Eisenbahnministerium hat eine Uebersicht über die Arbeiterverhältnisse bei den preußischen Staatsbahnen im Jahre 1897/98 veröffentlicht. Den Aufstellungen über die tägliche Dauer des planmäßigen Dienstes entnehmen wir folgende interessante Thatsachen: Bei 11 403 Beamten betrug sie mehr als 12 bis 13 Stunden, bei 7473 mehr als 13 bis 14 Stunden, bei 3032 mehr als 14 bis 15 Stunden, bei 2295 mehr als 15 bis 16 Stunden. Die Ausdehnung der Arbeit über 11 Stunden betrifft hauptsächlich das Zugbegleitungspersonal und das Lokomotivpersonal, die Bahnwärter, Weichensteller und die Stationsbeamten.

„Nationale Gesinnung." Die „Korrespondenz für Zentrumsblätter" stimmt dem Abg. Richter durchaus zu in dem am Dienstag im Abgeordnetenhause ausgesprochenen Verlangen, die Grundsätze festzustellen, wie weit es parlamentarisch zulässig sei, die nationale Gesinnung der politischen Gegner anzuzweifeln, da andernfalls es bald zu wüsten Szenen und Exzessen kommen müsse wie in Wien und Paris. „Leider greift der Unfug weiter um sich. Das ist auch kein Zufall, denn die Herren können ihre famose „Politik", welche fremdsprachige Knechte und Mägde ausweist, nur mit überspannten „nationalen" Phrasen zu vertheidigen versuchen. Was die Hakatisten in den östlichen Provinzen und die Gesindejäger in Nordschleswig treiben, ist keine nationale Politik, sondern ein chauvinistischer Sport. Der Chauvinismus ist undeutsch durch und durch, ebenso wie die wüsten Szenen im Parlament, die sich aus dem pharisäischen Spreizen der Chauvinisten leicht ergeben. Wie das sogenannte „nationale" Gefühl entarten kann, sehen wir recht drastisch in Frankreich. Dort wohnen Leute, die sich zu den Intelligenzen ihres Landes rechnen, alle Mitbürger zu Verräthern am Vaterlande stempeln, die einem anscheinend unschuldig verurtheilten Mitbürger eine regelrechte und unbefangene neue Untersuchung bewilligen möchten. Mag Dreyfus unschuldig sein, er soll doch geopfert werden, weil sich die Fanatiker einbilden, das liegt im Interesse des Vaterlandes! Welch' ein Armuthszeugniß sie dabei dem angeblich gefeierten Vaterlande ausstellen, merken sie nicht. Die fremden Zuschauer aber sagen sich: Es muß jämmerlich um eine Nation bestellt sein, die nicht einmal die Freisprechung eines Unschuldigen vertragen kann! Und in Deutschland rufen die Chauvinisten: Zur Ehre der deutschen Nation muß rücksichtslos ausgewiesen werden — Schuldige oder Unschuldige, das ist gleich! Was aber sagt der unbefangene Zuschauer? Ach, wie schwach muß die Nation sein, die nicht einmal eine Hand voll fremdsprachiger Knechte und Mägde verdauen kann!" Wenn wir gegen dieses häßliche und zugleich zweckwidrige Vorgehen Front machen, so handeln wir echt deutsch, wahrhaft national nach dem diesseitigen Begriff. Wir wollen das Vaterland bewahren vor einer Politik, die unserer Ueberzeugung nach schädlich ist. Das ist unser Recht und zugleich unsere nationale Pflicht. Können die Gegner uns nicht anders widerlegen, als durch Aufstachelung chauvinistischer Leidenschaften, so ist es besser, darüber nicht zornig zu werden, sondern es zu dem Uebrigen zu legen."

Ein Erkenntniß des Appellationsgerichtshofs zu Paris vom 20. Mai v. Js., das einem in der Schweiz ansässigen Gewerbetreibenden den Schutz für seine in Frankreich eingetragenen Muster versagt, hat unter deutschen Interessenten namentlich aber in den Kreisen derer, die sich für die Beschickung der bevorstehenden Weltausstellung in Paris entschieden haben, Besorgnisse hervorgerufen. Auf eine aus diesem Anlaß in Paris gestellte Anfrage hat die französische Regierung, nach dem „Reichsanz.", erklären lassen, daß sie demnächst beim Parlament einen Gesetzentwurf einbringen werde, der im Hinblick auf die Weltausstellung den bestehenden gesetzlichen Schutz des gewerblichen Eigenthums weiter ausgestalten und insbesondere den im Auslande ansässigen Gewerbetreibenden jede Sicherheit gewähren solle. Hiernach dürfte für die deutschen Aussteller ein Grund zur Beunruhigung nicht mehr vorliegen.

Aus Kairo, 18. Januar, wird der „Voss. Ztg." geschrieben, daß die wegen eines angeblichen Bombenattentates verhaftet gewesenen Italiener mittlerweile ausnahmslos entlassen worden seien, da sich jeder Verdacht als unbegründet erwiesen hat; ja, die Leute scheinen nicht einmal Anarchisten zu sein. Wer entschädigt die Betroffenen aber jetzt für die ungerecht erduldete Freiheitsberaubung und für die Schädigung, die sie durch Unterbrechung ihres Geschäftsbetriebes erfahren haben?

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Nachdem die Tschechen sich einer jeden Verständigungs-Aktion mit den Deutschen energisch widersetzen, dürfte, wie in Kreisen der Parlamentsmajorität verlautet, das Abgeordnetenhaus bereits in nächster Woche geschlossen werden und die Aera des § 14 für längere Zeit beginnen.

In Ungarn hat Szell, nachdem er mit Banffy konferirt, die Verhandlungen mit den Vertrauensmännern der Opposition aufgenommen. Wie verlautet, sind die Nationale und die Volkspartei gesonnen, auf alle Bedingungen einzugehen; nur die Unabhängigkeitspartei beharrt auf dem Standtpunkt, daß vorerst Banffy gehen müsse, bevor der Regierung die Indemnität zugestanden werden könne.

Frankreich.

Zur Beschleunigung der Entscheidung im Dreyfusprozeß hat der Justizminister die Kriminalkammer ersucht, sich mit der Drucklegung der wichtigsten Zeugenaussagen zu begnügen, damit die Angelegenheit keine weitere Verzögerung erfahre. — Der Senator Ranc erklärt im „Radical", die falsche Datirung des Schriftstückes „Cette canaille de D." rühre von Henry her.

Esterhazy wird wahrscheinlich am Freitag Paris verlassen, da er nur in Anwesenheit seines Vertheidigers über das Bordereau aussagen will. Er dürfte also vor der Kriminalkammer nicht mehr erscheinen.

Von Dreyfus ist aus Cayenne mit dem Postdampfer „Ville de Tanger" eine Ergänzung der Antworten auf die Fragen des Kassationshofs in Frankreich eingetroffen. Derselbe Dampfer brachte Privatbriefe ein, welche Dreyfus' Gesundheit günstig darstellen. Irgend welche Erleichterung war ihm bis zur Abfahrt des Schiffes nicht gewährt worden.

Belgien.

Die aus Sozialisten und Progressisten zusammengesetzte Linke der Kammer veröffentlicht einen Aufruf, in welchem es heißt, zwei Minister hätten ihren Posten verlassen müssen, weil sie sich weigerten, der Kammer auf Befehl des Königs einen Gesetzentwurf, betreffend das Uninominal-Wahlrecht, vorzuschlagen. Die ohne Befragen des Parlaments eingetretene Krisis bedeute eine Verletzung der parlamentarischen Institutionen und zwinge die Opposition, einen Appell an das Land zu richten mit dem Rufe: „Nieder mit dem Uninominal-Wahlrecht, hoch das allgemeine Wahlrecht!"

Nordamerika.

Ueber den spanisch-amerikanischen Friedensvertrag wird die Beschlußfassung im Senat am 6. Februar um 3 Uhr Nachmittags stattfinden. Diesen Beschluß hat der Senat am Mittwoch in geheimer Sitzung gefaßt, wie denn überhaupt die fernere Berathung des Vertrages in geheimer Sitzung erfolgen wird.

Kuba.

Gomez beabsichtigt, alle kubanischen Streitkräfte in der Provinz Santa Clara zusammen zuziehen, um von da in die Nähe von Havanna zu rücken. Dort wolle er ein Lager beziehen und die weitere Entwickelung der Dinge abwarten. Die Mehrzahl der kubanischen Offiziere habe Havanna verlassen, um ihre Posten unter Gomez zu übernehmen. Die Lage werde stündlich ernster.

Provinzielles.

Graudenz, 26. Januar. Die städtischen Vertreter auf dem Preußischen Städtetage haben ihre Anwesenheit in Berlin benutzt, um die Wünsche der Stadt Graudenz wegen Herbeiführung besserer Eisenbahnverbindungen in dem Ministerium der öffentlichen Arbeiten persönlich vorzutragen. Der Dezernent, welcher mit den Herren verhandelte, erkannte die Nothwendigkeit einer Aenderung der bisherigen Zustände rückhaltslos an. Bemerkt wurde, daß im Ministerium Erwägungen darüber stattfinden, in welcher Weise den Wünschen der Stadt Graudenz Rechnung zu tragen ist. — Die für Kaisersgeburtstag angesetzte große Parade der Graudenzer Garnison findet nicht statt; dafür wird auf dem Kasernenhofe des Regiments Graf Schwerin ein Garnisonappell abgehalten.

Konitz, 29. Januar. Heute fand hier eine Besprechung von Interessenten über eine in Schneidemühl zu gründende Genossenschafts-Stärkefabrik statt. Herr Walewski-Friedasthal bezeichnete ein Aktien-Unternehmen als ein veraltetes, und trat für die in der Bildung begriffene Genossenschaft ein. Herr Rakow-Bergelau empfahl, sich an der demnächst in Schneidemühl stattfindenden konstituirenden Versammlung zu betheiligen. Mehrere Anwesenden hatten bereits früher ihre Beitrittserklärungen abgegeben, weitere Zeichnungen fanden im Laufe der Versammlung statt, so daß das Unternehmen gesichert erscheint.

Lautenburg, 25. Januar. Dem hiesigen Turnverein ist von Herrn Oberpräsidenten v. Goßler eine Zuwendung von 400 M. zu Theil geworden. Der Betrag soll vornehmlich zu Beschaffung von Geräthen Verwendung finden,

Danzig, 26. Januar. Gestern Abend stieß ein Motorwagen an der Ecke des Holzmarktes mit einer Droschke zusammen. Der Anprall war ein so gewaltiger, daß die Droschke fast bis auf den Kohlenmarkt geschleudert wurde und dort auf das Trottoir stürzte, wobei die Laternen zerbrachen. Die Insassen des Wagens, ein Offizier mit seiner Gattin, kamen aber merkwürdigerweise mit heiler Haut davon.

Danzig, 26. Januar. Als Kriminal-Kommissar ist bei der hiesigen königlichen Polizeidirektion Herr Karl Weigt aus Marienwerder angestellt, welcher dort bisher interimistisch eine Kommissariatsstelle verwaltete. Herr Weigt behält jedoch seinen Wohnsitz in Marienwerder, da die Dienstgeschäfte, zu welchen auch die Ueberwachung polnischer Versammlungen gehört, dies erfordern.

Elbing, 25. Januar. Das Elbinger Schauspielhaus ist auch für die Zeit vom 1. Oktober 1899 bis 31. März 1900 an Herrn Theaterdirektor Beese verpachtet worden.

Elbing, 25. Januar. Wegen Majestätsbeleidigung schwebt gegenwärtig ein Strafverfahren gegen den praktischen Arzt Dr. Gottschalk aus Königsberg. Termin zur Hauptverhandlung in dieser Sache steht am 6. Februar d. J., Vormittags, vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts an. Dr. Gottschalk soll die beleidigenden Aeußerungen in einer sozialdemokratischen Versammlung in Elbing gethan haben.

Aus dem Kreise Culm, 24. Januar. Die Lehrer des Konferenzbezirkes Lissewo haben sich zu einem zwanglosen Lehrerverein zusammengeschlossen. Vorsitzender ist Herr Kaczyk - Linowitz, Stellvertreter Herr Romatzki - Dubielno, Schriftführer die Herren Rieck-Linowitz und Talaska-Heimbrunn. Zum Liedermeister wählte man den Lehrer Filcek - Pniewitten. — Die evangelische Kirchengemeinde zu Lissewo hat zu ihrem Organisten Herrn Lehrer Wichmann-Pniewitten gewählt.

Mühlhausen, 25. Januar. Heute feierte Herr Lehrer emerit. Sommerfeldt in Schlodien seinen 90. Geburtstag in geistiger und körperlicher Frische. Dem ehrwürdigen Greis war es vergönnt, sein 50jähriges Amtsjubiläum, die goldene und eiserne Hochzeit zu feiern.

Schivelbein, 24. Januar. Heute Abend fuhr der fällige Polziner Eisenbahnzug hier in die Retirade des Bahnhofes. Der Vordertheil der Maschine liegt in der Dunggrube und mehrere Wagen sind zertrümmert. Menschen dagegen sind nicht zu Schaden gekommen. Die Strecke hat angeblich so viel Gefälle, daß die Maschine den Zug nicht halten konnte.

Von der russischen Grenze, 25. Januar. Polnische Großgrundbesitzer in Westrußland haben vor mehreren Wochen dem Ministerkomitee in Petersburg Vortrag über die Leutenoth in den westlichen russisch-polnischen Gouvernements gehalten und wollen jetzt eine große Abordnung direkt an den Zaren schicken, damit vom nächsten oder nächstnächsten Jahre ab die russische Grenze für Massen-Auswanderer nach Deutschland geschlossen wird. Im dreimeiligen russischen Grenzbezirke erhalten die Leute schon jetzt keine Grenzlegitimationspapiere mehr, um als Sachsengänger Rußland für längere Zeit verlassen zu können.

Bromberg, 25. Januar. Die Handelskammer für den Regierungsbezirk Bromberg sprach sich in der gestrigen Sitzung für den Beitritt zu dem in Breslau gegründeten Ostdeutschen Handelskammerverbande aus. Es ist beschlossen worden, dem Vorsitzenden den Titel Präsident, dem Sekretär den Titel Syndikus beizulegen. Kommerzienrath Francke wurde als Präsident, Stadtrath Aronsohn als Vizepräsident und Kaufmann Werckmeister als Kassenwart wiedergewählt. Die Versammlung besprach hierauf die Projekte für den Großschifffahrtsweg Stettin-Berlin. Die Versammlung bewilligte für die Ausführung des Projekts in östlicher Linienführung einen Zuschuß von 500 M. Es wurde dabei mitgetheilt, daß die Handelskammer in Thorn, sowie der hiesige Magistrat für dasselbe Projekt ebenfalls je 500 M. bewilligt haben. Die Handelskammer wählte als Deputirte für den demnächst in Berlin abzuhaltenden deutschen Handelstag die Herren Aronsohn, Bärwald und Hirschberg. Es wurde dann beschlossen, einen Antrag der Handelskammer Thorn, betreffend billigeren Ausnahmetarif für Sendungen gefrorener Kartoffeln, zu unterstützen.

Lokales.

Thorn, den 27. Januar.

— Kaisers Geburtstag wurde heute in unserer Stadt in der üblichen Weise gefeiert. Die militärischen und die übrigen fiskalischen sowie die städtischen öffentlichen Gebäude hatten Flaggenschmuck angelegt, desgleichen auch viele Privathäuser, in einer größeren Anzahl von Schaufenstern sah man ferner Festdekorationen mit der Büste des Kaisers. Die militärische Feier des Tages begann bereits gestern Abend durch einen Zapfenstreich; heute früh um 7 Uhr fand großes Wecken statt, worauf die Kapelle des 11. Fußart.-Regts. auf dem Rathhausthurm den Choral „Lobe den Herrn" spielte. Mittags um 12 Uhr fand nach den Militär-Festgottesdiensten in der Garnison und St. Jakobskirche auf dem Hofe der Wilhelmkaserne großer Garnisonappell statt, wozu sämmtliche Truppentheile im Paradeanzug, sowie der Landwehr- und Kriegerverein erschienen waren. Der Gouverneur Herr Generalleutnant Rohne hielt dabei folgende Ansprache: „Preußische und deutsche Soldaten! Am heutigen Geburtstage unseres obersten Kriegsherrn, da erneuern wir den Schwur der Treue, der Hingebung, den wir geleistet haben, als wir zu den Fahnen eingezogen wurden. Wir begrüßen unsern erhabenen Kaiser heute mit dem Schlachtruf, der der Schrecken unserer Feinde ist, Sr. Majestät, unserm allergnädigsten Kaiser und König, Hurrah, Hurrah, Hurrah!" Während dann der Gouverneur die Fronten abschritt, wurde von Festungswalle am Leibitscher Thor der übliche Salut von 101 Schuß abgegeben. Mit einem Vorbeimarsch der Fahnenkompagnie war die militärische Feier beendet. Die einzelnen Truppentheile haben heute Abend, jeder für sich, ihre besonderen Mannschaftsvergnügen. — In den hiesigen Lehranstalten fanden heute Vormittag an Stelle des Unterrichts kurze Feiern statt. Die Festreden hielten dabei im Kgl. Gymnasium Herr Oberlehrer Isaak, in der höheren Töchterschule Herr Direktor Dr. Maydorn, in der Bürger - Mädchenschule Herr Lehrer Erdtmann, in der Mittel- und ersten Gemeindeschule Herr Lehrer Freund, in der zweiten Gemeindeschule Lehrerin Frl. Zackenfels, in der dritten Gemeindeschule Herr Lehrer Brauer und in der vierten Gemeindeschule Herr Rektor Schüler. — Nachmittags von 4 Uhr ab findet im großen Saale des Artushofes ein Festessen statt, bei welchem Herr Gouverneur Rohne den Kaisertoast ausbringen wird. Für eine Illumination am Abend sieht man an einzelnen Stellen Vorbereitungen.

— Schülerprämien. Im Gymnasium wurden die von dem Kaiser für würdige Schüler der höheren Lehranstalten gestifteten Prämienwerke „Deutschlands Seemacht einst und jetzt" von Wislicenius den Primanern Fritz Hayduk und Arthur Nadrowski zuerkannt. Herr Gymnasialdirektor Hayduk überreichte die Prämien denselben nach dem Festakte in der Aula. In

der Knaben-Mittelschule wurden durch Herrn Rektor Lindenblatt fünf Exemplare des von dem Kaiser gestifteten obenerwähnten Prachtwerkes an würdige Schüler der oberen Klassen überreicht. Es erhielten das Werk aus den Oberklassen die Schüler Kurt Kabel, Gulke und Will und aus den ersten Klassen die Schüler Sonnenberger und Hugo Fedtke.

— **Personalien.** Der Gerichtsassessor Menard in Berent ist, unter Entlassung aus dem Justizdienste, zur Rechtsanwaltschaft bei dem Amtsgerichte daselbst zugelassen. Die Referendare Adolf von Schaewen aus Danzig und Dr. Bruno Cohnberg aus Graudenz sind zu Gerichtsassessoren ernannt worden.

Der Steuer-Supernumerar Kosin bei der Einkommensteuer-Veranlagungskommission in Graudenz ist zum Steuer-Sekretär vom 1. Januar 1899 ab ernannt worden.

— **Die Apothekergehülfen-Prüfungen** finden bei der Kgl. Regierung in Marienwerder am 16. und 17. März, 19. und 20. Juni, 18. und 19. September und 18. und 19. Dezember statt.

— **Einmonatliche Frachtstundung.** Die Verfrachter von Gütern werden auf die für den Bereich der preußischen Staatseisenbahnen eingeführten, dem handeltreibenden Publikum wesentliche Erleichterungen bietenden Bedingungen für einmonatliche Frachtstundung hingewiesen. Eine Frachtstundung wird bereits bei Frachtbeträgen von 300 Mark monatlich für eine einzelne Güterkasse gegen entsprechende Sicherstellung gewährt. Nähere Auskunft hierüber ertheilen die Güterabfertigungsstellen.

— **Brennstoffe nach Gewicht.** Der preußische Handelsminister hat die Handelsvertretungen zu Gutachten über die Frage aufgefordert, ob vom Standpunkt der Produktion wie des Handels aus eine Vorschrift erwünscht sei, daß der Handel mit Brennstoffen, insbesondere mit Briketts, Steinkohlen, Braunkohlen und Kokes, sich nach Gewicht zu vollziehen habe und gegebenenfalls eine Verordnung des Bundesraths auf Grund des § 5 des Gesetzes gegen den unlautern Wettbewerb herbeizuführen sei. Die Gutachten sollen bis Anfang Mai eingereicht werden.

— **Die gewerkschaftliche Organisirung der Arbeiter der östlichen Provinzen Deutschlands** beabsichtigt der Berliner christliche Verein „Arbeiterschutz" in die Hand zu nehmen. Am 5. Februar soll in einer Stadt der Provinz Posen die erste Versammlung zu diesem Zwecke abgehalten werden. Der Vorsitzende, Herr Weigel, wird dort eine Zahlstelle des Vereins „Arbeiterschutz" errichten. Diese Thätigkeit soll sich hauptsächlich gegen die Sozialdemokratie richten, um die Arbeiterschaft von deren Organisationen fern zu halten.

— **Zur Einrichtung einer Ziegelei in Kiautschau** wird nach dem „Ges." im nächsten Monat im Auftrage einer **Thorner** Firma der Maurer Kathein aus Siepersdorf bei Bunzlau mit seinem Sohne nach Ostasien abdampfen. K., der außer freier Hin- und Rückfahrt sowie freier Station einen Lohn von monatlich 300 M. erhält, soll zunächst Ziegel anfertigen und in gewöhnlichen Feldbränden brennen. Aus dem gefertigten Material hat er dann einen großen Ziegeleiringofen zu erbauen.

— **Allgemeiner deutscher Schiffertag.** Unter zahlreicher Betheiligung von Delegirten der Schiffervereine aus allen Theilen Deutschlands trat am Mittwoch in Berlin der Allgemeine deutsche Schiffertag zusammen. Graf v. Luckner eröffnete denselben mit einem Hoch auf den Kaiser und bemerkte alsdann, daß infolge des Aufschwungs von Handel und Industrie, der eine große Steigerung des Wasserverkehrs bewirkt hat, und mangels einer Organisation der Privatschiffer der Deutsche Schiffertag einberufen worden sei, um einen deutschen Schifferbund zu begründen. Graf v. Luckner theilte weiter mit, daß auf dem Schiffertage 26 Innungen bezw. Vereine durch etwa 50 Delegirte vertreten seien, die insgesammt 2043 Mitglieder zählen. Außerdem sind 257 Einzelschiffer anwesend. Rechtsanwalt Becker II-Berlin verlas hierauf die Satzungen des zu begründenden deutschen Schifferbundes. Danach soll der deutsche Schifferband das Gebiet des Deutschen Reiches umfassen und seinen Sitz in Berlin haben. Der Zweck des Bundes ist: alle wirthschaftlichen Interessenten auf dem Gebiete der Binnenschifffahrt zusammenzuschließen zur Vertretung der Gesammtinteressen des ganzen Schifferstandes. Dieser Zweck soll erreicht werden: 1) durch Besprechung und Beschlüsse der Mitglieder in Versammlungen, 2) durch Bekanntgabe dieser Beschlüsse in der „Deutschen Binnenschifffahrt", 3) durch Unterstützung der Behörden und Volksvertreter, 4) durch angemessene Vertretung in der Oeffentlichkeit. Mitglied des Bundes kann jeder Schiffer und Schiffseigner, sowie jeder Freund des Schifferstandes werden. Bestehende Schiffervereinigungen, bezw. Schifferinnungen können als solche Mitglieder werden. Die Generalversammlung findet alljährlich in der ersten Woche des Februar in Berlin statt. Die Vorstandsmitglieder bekleiden ihr Amt als Ehrenamt. Es werden Ortsgruppen gebildet, und zwar bildet sich eine Ortsgruppe, wo mindestens 30 Bundesmitglieder ansässig sind. Auch die benachbarten Bundesmitglieder können eine Ortsgruppe bilden. Jede Ortsgruppe wählt einen Vertrauensmann. Der Jahresbeitrag beträgt 5 M., das Eintrittsgeld 3 M. pro Mitglied. Die Berathung der Satzungen war sehr lebhaft. Es wurde von einigen Rednern die Lebensfähigkeit des Bundes bezweifelt und auch der zu zahlende Beitrag zu hoch gefunden. Nach längerer Besprechung wurde einstimmig die Begründung des Bundes beschlossen. — Nach einer Pause gab Rechtsanwalt Becker II eine Erläuterung über den Begriff von Zwangs- bezw. freie Innungen. Der Redner führte aus, daß die Schifffahrt kein Handwerk sei, daß mithin die Schiffer nicht nöthig haben, eine Innung zu bilden. Jedenfalls aber könne er den Schiffern nur rathen, sich für die freie Innung zu erklären. — Den folgenden Gegenstand bildete die Stellungnahme zu den kommenden Kanalvorlagen. Graf von Luckner bemerkte, daß der große Schifffahrtsweg Berlin-Stettin den Interessen der Privatschiffer entgegenstehe. Sollte aber der erwähnte Großschifffahrtsweg gebaut werden, dann empfehle es sich, daß sich die Schiffer für die Ostlinie erklären. Dadurch würde wenigstens dem wirthschaftlich vernachlässigten Osten aufgeholfen werden. (Allgemeine Zustimmung.) Nach längerer Besprechung, in der sich alle Redner eventuell für die Ostlinie aussprachen, gelangte folgende von Graf von Luckner beantragte Erklärung zur Annahme: „Die Versammlung erklärt: In Erwägung, daß die vorhandenen Wasserstraßen dem Bedürfnisse vollständig genügen, in Erwägung, daß der Bau von Großschifffahrtskanälen den Bau größerer Schiffe erforderlich mache, in Erwägung, daß einer größeren Zahl der jetzt selbstständigen Schiffseigner die Beschaffung größerer Fahrzeuge unmöglich sein wird: der Großschifffahrtsweg Berlin-Stettin ist nicht notbwendig und sein Bau würde den zahlreichen Stand selbstständiger Schiffseigner in seiner Existenz bedrohen. Die Versammlung beauftragt daher den Ausschuß, alle zur Verhinderung der Ausführung des geplanten Großschifffahrtskanals Berlin-Stettin geeigneten Schritte zu thun, insbesondere diesen Beschluß in geeigneter Form zur Kenntniß der zuständigen Behörden zu bringen. Sie erklärt es für nothwendig, daß der Finow-Kanal auf eine Tiefe von 1,60 Meter gebracht werde. Für den Fall aber, daß trotzdem der Großschifffahrtskanal Berlin-Stettin zur Ausführung gelangen sollte, so erklärt sich die Versammlung für die Ostlinie, weil durch dieselbe der bisher vernachlässigte Osten des Reiches dem Verkehr erschlossen und der Landwirthschaft des Oderbruchs die längst erforderliche Entwässerung gebracht wird." Danach wurde der Deutsche Schiffertag mit einem dreifachen Hoch auf den Deutschen Schifferbund geschlossen.

— **Der hiesige Damenturnverein** feierte gestern Nachmittag und Abend im Saale des Schützenhauses sein drittes Stiftungsfest und zwar unter allerstrengstem Ausschluß der Männlichkeit. Nichtsdestoweniger amüsirten sich, glaubwürdigen Nachrichten zufolge, die zahlreich erschienenen Damen aufs Beste und die mannigfachen Vorführungen, von denen eine von der Altersriege in Babykostümen ausgeführte Kindersinfonie die Glanznummer bildete, fanden den lebhaftesten Beifall. Bei dem gemeinsamen Abendbrod wurde eine ganze Reihe von Trinksprüchen ausgebracht. Die Theilnehmerinnen sind vom Verlauf des Festes sehr befriedigt.

— **Hilbach-Konzert.** Wir wollen nicht verfehlen, auf das in der gestrigen Nummer unseres Blattes befindliche Programm des Hilbachschen Liederabends hinzuweisen. Dasselbe ist wiederum, wie wir es bei diesem Paar gewohnt sind, ein künstlerisch vornehmes und doch außerordentlich wirksames. Lieder von Schumann, Beethoven, Weber, Brahms, Reinecke u. A., die gewaltige Ballade Archibald Douglas von Loewe wechseln mit Duetten von Goetze, Hiller und Hilbach. Allem Anschein nach steht uns ein sehr interessanter Abend bevor, welchen sich Niemand, der Kunstgesang zu schätzen weiß, entgehen lassen wird.

— **Besitzwechsel.** Das ca. 1100 Morgen große Gut Grünfelde bei Schönsee ist von der Besitzerin Frau Wittwe Könnecke für 285 000 Mark an Herrn Ricke verkauft und aufgelassen worden.

— **Temperatur** um 8 Uhr Morgens: 4 Grad Kälte, Barometerstand 28 Zoll 1 Strich.

— **Wasserstand** der Weichsel 2,18 Meter.

Wasserstand der Weichsel bei Warschau nach telegraphischer Meldung heute 1,75 Mtr.

Podgorz, 27. Januar. Wie bereits gemeldet, unternimmt der Thorner Enthaltsamkeits-Verein zum „Blauen Kreuz" am nächsten Sonntage den 29. d. M. einen Ausflug nach Podgorz, woselbst um $3^1/_2$ Uhr Nachmittags in der evangelischen Schule der Vorsitzende des Vereins, Konsulats-Sekretär und Dolmetscher S. Streich aus Thorn, einen Vortrag halten wird, auch werden der Herr Fortifikations-Diätar und andere Herren, abwechselnd mit Gesang und Deklamationen Ansprachen halten.

Kleine Chronik.

* **Bei dem Kaiserpaar** fand am Mittwoch Abend im Weißen Saal des königlichen Schlosses ein größerer Ball statt. Der Kaiser zog u. a. Prof. v. Menzel ins Gespräch. Am Mittwoch Nachmittag hatte der Kaiser im Neuen Museum die eingereichten Konkurrenz-Entwürfe zu dem letzten kaiserlichen Preisausschreiben besichtigt.

* **Die kaiserlichen Prinzen** sind Donnerstag Mittag in Begleitung ihrer Lehrer von Plön nach Berlin abgereist, um der Geburtstagsfeier des Kaisers beizuwohnen.

* **Das Beifallszeichen des Kaisers.** Vor einiger Zeit trug der ostpreußische Dialektdichter Robert Johannes dem Kaiser einige seiner Musenkinder vor. Bei dieser Gelegenheit hat er auch erfahren, wodurch der Kaiser bei solchen Anlässen seinen Beifall zu erkennen zu geben pflegt. Der Oberhofmarschall Graf zu Eulenburg gab dem Dichter vor dem Vortrage einige Instruktionen und erklärte ihm hierbei: Wenn der Kaiser sich mit der rechten Hand auf den Schenkel schlägt, dann sind Sie durch, das ist nämlich das Zeichen des Beifalls Sr. Majestät." Und schon bei der ersten Vortragsnummer lachte der Kaiser und gab, wie das „Berl. Tagebl." erzählt, das erwähnte Beifallszeichen.

* **Ueber einen großen Skandalprozeß,** an dem auch viele Elberfelder betheiligt sind, berichtet die „Elberfelder Zeitung": Unter dem dringenden Verdachte, junge Leute vom Militärdienst durch allerlei Manipulationen befreit zu haben, wurde vor einigen Wochen der in der Vondelstraße in Köln wohnende Kaufmann Otto Strucksberg auf Requisition der Staatsanwaltschaft zu Elberfeld verhaftet und hierher gebracht. In derselben Affäre ist auch der Wirth Gustav B. zu Holz vor den Untersuchungsrichter zu Elberfeld geladen und verhaftet worden. Freitag nun wurde ebenfalls auf Requisition der Elberfelder Staatsanwaltschaft ein Kölner Arzt, der in der Poststraße wohnende Dr. Cl. Aug. Ziel, unter dem Verbrechen aus § 141 und 143 des Strafgesetzbuches (Versuch der Befreiung vom Militärdienst) festgenommen. Der Verhaftete ist Spezialarzt für Gicht und rheumatische Leiden. Auch er sitzt bereits in Elberfeld hinter Schloß und Riegel.

* **Vor den Augen seiner Braut sich zu erschießen,** versuchte in Berlin der 26 Jahre alte Lehrer K., der an der Töchterschule zu Pankow angestellt ist. K. wollte im April heirathen und hatte bereits eine eigene Wohnung gemiethet. Am Sonntag Nachmittag kam seine Braut, die bei ihrem Bruder wohnt, zu ihm und machte ihm Vorwürfe, daß er den ganzen Tag in der Kneipe gelegen habe und nicht zu ihr und ihrem Bruder zum Mittagessen gekommen sei, obwohl er gewußt habe, daß für ihn gedeckt war. K., der kurz vorher schon einen Streit mit seiner Braut und seinem künftigen Schwager gehabt hatte, sprang vom Bette, auf dem er lag, auf, ergriff einen Revolver und jagte sich, bevor die Braut es verhindern konnte, vor deren Augen eine Kugel in den Kopf. Das Geschoß drang rechts in der Höhe des Augenlids ein und blieb an der linken Seite im Schädel stecken. Die entsetzte Braut schrie um Hilfe, und die Hausgenossen, die den Lehrer als einen heiteren und freundlichen Mann kannten und gern hatten, nahmen sich des Schwerverletzten an. Ein Arzt ließ ihn sofort nach Berlin in eine Anstalt bringen. Die Verletzung ist nicht lebensgefährlich, dennoch liegt die Gefahr vor, daß K. auf beiden Augen erblindet.

* **In Airolo** befürchtet man einen neuen Bergsturz. Der südliche Teil des Dorfes ist schwer bedroht. Bei Nacht leuchten Scheinwerfer. Die Bedrohten sollen durch Kanonen alarmirt werden, falls es notwendig wird. Der alte Tunnel ist zur Aufnahme der Bewohner eingerichtet.

* **120 000 Mk. für eine Nelke.** Ein Bostoner Gärtner hat eine neue, sehr schöne, riesengroße, krausblätterige und tiefrote Nelke erzielt. Er gab dieser Nelke den Namen Mrs. Lawson, nach der Frau eines der reichsten Leute seiner Stadt. Mrs. Lawson hat nun das Anrecht dieser prachtvollen neuen Varietät für 120 000 Mk. von dem Gärtner erworben.

* **„Achter rum!"** Folgendes ergötzliche Geschichtchen wird gegenwärtig pommerschen Blättern erzählt: Vor einer Reihe von Jahren reiste der Kronprinz Friedrich Wilhelm (spätere Kaiser Friedrich), der damals schon sehr beliebt war, durch Pommern. Von Köslin aus benutzte er die Post. In Zanow hatte man sich auf einen würdigen und feierlichen Empfang des Kronprinzen vorbereitet: Markt und Hauptstraße waren mit Blumen bestreut, Ehrenpforten waren errichtet, und die Fahnen flatterten lustig im Winde. Da aus den Dörfern viele Leute zu Fuß und zu Wagen herbeiströmten, so wurde von der Stadtobrigkeit der Befehl ertheilt, keinen Wagen durch die Hauptstraße zu lassen, damit die Blumen nicht zertreten würden. Da kommt am Vormittag von Köslin ein Postwagen durchgesaust, dessen Führer auf dem Posthorn lustige Weisen schmettert. Gleich am Thore erhält er von dem Hüter der Ordnung die Weisung: „Achter rum!" Ein freundlicher Herr sieht zur Postkutsche heraus, und erkundigte sich nach der Ursache des Befehls; mit feinem Lächeln befiehlt er darauf dem Postillon, durch eine Nebenstraße zum anderen Thore hinauszufahren. Es wird Mittag. Der Herr Bürgermeister hat seine Rede schon längst einstudirt, aber der Kronprinz kommt nicht. Als endlich 2 Uhr vorüber ist, fragt das Stadtoberhaupt in Köslin an, ob königl. Hoheit bald kommen werde, und erhält die Antwort, daß der hohe Herr schon um 9 Uhr abgereist sei und schon längst durch Zanow sein müsse. Nun geht den Zanowern ein Licht auf und sie erkennen, daß der Kronprinz durch ihre Stadt habe „achter rum" fahren müssen.

* **Uebertrumpft.** Ein Mäßigkeitsverein hat irgendwo einen alten Mann aufgegriffen, der ein alkoholloses Leben hinter sich hat. Sofort wird ein großes Meeting veranstaltet und der Jubelgreis unter großer Feierlichkeit den geladenen Gästen präsentirt. „Und so sehen Sie meine Herrschaften," schließt der Vorsitzende seine lange Rede, „daß man ganz ohne Alkohol 87 Jahre alt werden kann!" — „Det is noch jarnischt," meint da der gefeierte Alte, wat aber mein Bruder ist, den müßten Se mal erst sehen, der is 93 Jahre alt un jeden Tag, den Jott jiebt, besoffen!"

28. Januar.				
	Sonnen-Aufgang	7 Uhr	50	Minuten.
	Sonnen-Untergang	4 „	37	„
	Mond-Aufgang	6 „	51	„
	Mond-Untergang	8 „	3	„

Tageslänge 8 Stund. 47 Minut., Nachtlänge 15 Stund. 13 Minut.

Verantwortlicher Redakteur
Friedrich Kretschmer in Thorn.

Handels-Nachrichten.

Telegraphische Börsen-Depesche

Berlin, 27. Januar. Fonds: fest.		26. Jan.
Russische Banknoten	216,45	216,35
Warschau 8 Tage	fehlt	215,95
Oesterr. Banknoten	169,60	169,50
Preuß. Konsols 3 pCt.	93,30	93,30
Preuß. Konsols $3^1/_2$ pCt.	101,50	101,50
Preuß. Konsols $3^1/_2$ pCt. abg.	101,50	101,50
Deutsche Reichsanl. 3 pCt.	93,20	93,10
Deutsche Reichsanl. $3^1/_2$ pCt.	101,60	101,60
Westpr. Pfdbrf. 3 pCt. neul. II.	90,10	89,90
do. „ $3^1/_2$ pCt. do.	99,25	99,25
Posener Pfandbriefe $3^1/_2$ pCt.	99,40	99,50
„ „ 4 pCt.	fehlt	fehlt
Poln. Pfandbriefe $4^1/_2$ pCt.	100,40	100,30
Türk. Anl. C.	27,95	28,05
Italien. Rente 4 pCt	94,40	94,50
Rumän. Rente v. 1894 4 pCt.	91,75	91,75
Diskonto-Komm.-Anth. excl.	200,00	199,50
Harpener Bergw.-Akt.	183,00	183,50
Nordd. Kreditanstalt-Aktien	127,25	127,50
Thorn. Stadt-Anleihe $3^1/_2$ pCt.	fehlt	fehlt
Weizen: Loco New-York Okt.	$86^1/_8$	$83^1/_4$
Spiritus: Loko m. 50 M. St.	59,70	fehlt
„ „ „ 70 M. St.	40,30	40,30

Spiritus-Depesche.

v. Portatius u. Grothe Königsberg, 27. Januar.

Loco cont. 70er	39,50	Bf.,	38,30	Gd.	—,— bez.
Jan.	40,00	„	38,00	„	—,— „
Febr.	41,50	„	38,30	„	—,— „

Amtliche Notirungen der Danziger Börse
vom 26. Januar.

Für Getreide, Hülsenfrüchte und Oelsaaten werden außer den notirten Preisen 2 M. per Tonne sogenannte Faktorei-Provision usancemäßig vom Käufer an den Verkäufer vergütet.

Weizen: inländ. hochbunt und weiß 753 bis 772 Gr. 162—163 M., inländ. bunt 764 Gr. 161 M. bez.

Roggen: inländisch grobkörnig 679—720 Gr. 140 bis 141 M., transito grobkörnig 720 Gr. 108 M.

Gerste: inländ. große 653—674 Gr. 125—140 M.

Hafer: inländischer 124—126 M.

Alles per Tonne von 1000 Kilogramm.

Zentral-Viehhof in Danzig.
Auftrieb vom 26. Januar.

16 Bullen: Vollfleischige, höchsten Schlachtwerths 30—31 M., mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 26—27 M.; 22 Ochsen: Vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwerths bis zu 6 Jahren 30 M., junge fleischige, nicht ausgemästete, und ältere ausgemästete 26—27 M.; 12 Kühe: ältere ausgemästete Kühe und wenig gut entwickelte Kühe und Kalben 25—26 M., mäßig genährte Kühe und Kalben 22 bis 24 M.; 13 Kälber: Feinste Mast- (Vollmilch-Mast) und beste Saugkälber 44 M., mittlere Mast- und gute Saugkälber 36—38 M.; 116 Schafe: Mastlämmer und junge Masthammel 26 M.; 164 Schweine: Vollfleischige im Alter bis zu $1^1/_4$ Jahren 40 M., fleischige 37—38 M., gering entwickelte Schweine, sowie Sauen und Eber 33—36 M. pro 100 Pfund lebend Gewicht.

Für die so überaus große und herzliche Theilnahme an dem Begräbnisse meiner geliebten Tochter, ebenso für die vielen Kranzspenden sage ich allen lieben Freunden und Bekannten meinen tiefgefühlten Dank.

Mathilde Glinka.

Polizeiliche Bekanntmachung.

Aus Anlaß der wieder eintretenden kälteren Witterung machen wir auf die §§ 2 und 3 der Polizei-Verordnung vom 25. Juli 1853 aufmerksam, wonach **Wassereimer pp. auf Trottoirs und Bürgersteigen nicht getragen** werden dürfen und Uebertreter die Festsetzung von Geldstrafen bis 9 Mark, im Unvermögensfalle verhältnißmäßige Haft zu gewärtigen haben. Familien-Vorstände, Brodherrschaften pp. werden ersucht, ihre Familien-Angehörigen, Dienstboten pp. auf die Befolgung der qu. Polizei-Verordnung hinzuweisen, auch dahin zu belehren, daß sie event. der Anklage nach § 230 des Straf-Gesetz-Buches wegen Körperverletzung ausgesetzt sind, falls durch die von ihnen auf dem Trottoir pp. **vergossene und gefrorene** Flüssigkeit Unglücksfälle herbeigeführt werden.

Thorn, den 22. Dezember 1898.

Die Polizei-Verwaltung.

Zu Folge Verfügung vom 25. Januar 1899 ist am selbigen Tage in unser Handels-(Prokuren-) Register unter Nr. 148 eingetragen, daß der Kaufmann **Samuel Moses Wollenberg zu Thorn** als Inhaber der daselbst unter der Firma:

Samuel Wollenberg

bestehenden Handels-Niederlassung (Firmen-Register Nr. 474) den Kaufmann **Max Wollenberg** zu **Thorn** ermächtigt hat, die vorbenannte Firma per procura zu zeichnen.

Thorn, den 25. Januar 1899.

Königliches Amtsgericht.

Ueber das Vermögen des Schuhmachermeisters **Joseph Angowski** aus **Thorn** und dessen gütergemeinschaftlichen Ehefrau **Eva Ludwika** geb. **Wiedemann** ist

am 26. Januar 1899,
Mittags 12 Uhr

das Konkursverfahren eröffnet.

Konkursverwalter: Kaufmann und Stadtrath **Gustav Fehlauer** aus **Thorn.**

Offener Arrest mit Anzeigefrist
bis 18. Februar 1899.

Anmeldefrist
bis zum 28. Febr. 1899.

Erste Gläubigerversammlung
am 18. Februar 1899,
Vormittags 10 Uhr

Terminszimmer Nr. 7 des hiesigen Amtsgerichts und allgemeiner Prüfungstermin

am 16. März 1899,
Vormittags 10 Uhr

daselbst.

Thorn, den 26. Januar 1899.

Wierzbowski,
Gerichtsschreiber des Königlichen Amtsgerichts, Abth. 5.

Brennholzverkauf.

Sonnabend, den 4. Februar, Vormittags 10 Uhr

sollen im Gasthof zu **Neu-Grabia** vom Artillerie-Schießplatz bei Thorn aus dem südlich der Alexanderlinie gelegenen Jagen **ca. 750 Stangenhaufen** meistbietend gegen Baarzahlung verkauft werden.

Aschendorf, den 26. Januar 1899.

Herzogliche Revierverwaltung.
Clauder.

Ca. 2—3000 Rmtr.

Kiefernkloben und Spaltknüppel

werden zu kaufen gesucht. Meldungen unter **W. M. 416 Annoncenbureau Waldemar Meklenburg, Danzig.**

Gründlichen Unterricht

in Damenschneiderei ertheilt
Flora von Szydlowska, Brückenstraße 21, II.

Eine Wohnung

von 3 Zimmern mit Zubehör und Veranda ist versetzungshalber von gleich od. 1. April zu vermiethen.

L. Casprowitz, Kl. Mocker, Schützstr. 3.

Einz. Parterre-Zimmer,

möblirt auch unmöblirt, sogl. zu vermiethen.
Ackermann, Thurmstr. 12.

Gut möblirtes **Vorderzimmer** mit Kab. zu vermiethen **Brückenstr. 4, I.**

Ein **Zimmer** für alleinstehende Person zu vermiethen **Coppernicusstr. 41.**

1 oder 2 gut möbl. Zimmer billig zu vermiethen Schloßstraße 4.

!Kein Flaschenbier mehr!

Siphon-Bier-Versandt „Perfect".

F. Grunau, Schützenhaus.

Stets frisches Bier, wie vom Faß, mit Kohlensäure, daher mehrere Tage haltbar, neuerdings auch in **Siphons** von **1** und **2 Litern** Inhalt.

Es kostet:

Helles Lagerbier	A.-G. Brauerei	
Dunkles Lagerbier	Wickbold	Liter **35 Pfg.**
Dunkel Export	Königsberg Pr.	
Siechen hell und **dunkel**		„ **50** „

Diese Biersorten sind auch in **größeren** und **kleineren Gebinden** mit Kohlensäure-Apparat zu haben.

Malz-Extract-Bier (Stammbier)

anwendbar bei Husten, Appetitlosigkeit, schwacher Verdauung, Blutarmuth, Bleichsucht zc.

Alleinverkauf A. Kirmes, Thorn.

Victoria-Brauerei

Katharinenstr. 4
(früher Kauffmann).

Jeden
Dienstag und Freitag
Braunbier in vorzüglicher Qualität.

Dampfpflüge

und

Dampfwalzen

in den bewährtesten Constructionen zu Kauf und Miethe empfehlen

John Fowler & Co., Magdeburg.

Allgemeine Renten-Anstalt

Gegründet 1833. **zu Stuttgart.** Reorganisirt 1855.

Lebens-, Renten- und Kapitalversicherungs-Gesellschaft

auf Gegenseitigkeit, unter Aufsicht der Kgl. Württ. Staatsregierung.
Aller Gewinn kommt ausschließlich den Mitgliedern der Anstalt zu gut.
Versicherungsstand ca. 43 Tausend Policen.

Nähere Auskunft, Prospekte und Antragsformulare kostenfrei bei den Vertretern
In Thorn: **Max Gläser, Hauptagent, Elisabethstraße.**



Schonung der Pferde

Sicheres Fahren u. Reiten

auf glatten Wegen (Eis, Schnee, Asphalt, Holz etc.) kann nur erreicht werden durch Benutzung der

Hufeisen-H-Stollen (Patent Neuss)

Stets scharf! Kronentritt unmöglich!

Um vor werthlosen Nachahmungen zu schützen, ist jeder einzelne unserer H-Stollen mit nebenstehender Schutzmarke versehen, worauf man beim Einkauf achten wolle.

Preislisten und Zeugnisse gratis u. franco.

Patent-Inhaber und alleinige Fabrikanten:

Leonhardt & Co., Schöneberg-Berlin.



Dr. Warschauer's Wasserheil- u. Kuranstalt

Vorzügl. Einrichtungen. **im Soolbad Inowrazlaw.** Mäßige Preise

Für Nervenleiden aller Art, Folgen von Verletzungen, chronische Krankheiten, Schwächezustände zc. Prospekt franko.



einzig richtiger Zusatz zur Kuhmilch für kleine Kinder und Magenleidende. Niederlagen durch Plakate kenntlich.

Atelier für Promenaden-, Sport- und Reise-Costüme.

Anfertigung nach Maaß, auf Wunsch innerhalb 24 Stunden.
Größte Auswahl in Garnituren.
F. Preuss, Heiligegeiststraße 13.

Geschirr und Gläser

zu Festlichkeiten
verleiht billigst
die Glas-, Porzellan- und Emaille-Handlung von

J. Graumann,
Culmerstraße 4.

Straßburger

Gänseleber-galantine,

Ersatz für Gänseleberpastete, à Pfund Mark 4,00 im Ausschnitt,
Braunschweiger Cervelatwurst, Trüffel- und Sardellen-Leberwurst, Thüringer Rothwurst, Frankfurter Würstchen, feinsten Räucherlachs,
Kieler Sprotten u. Flundern, prima Oder-Neunaugen
feinste Delikatessheringe
empfiehlt **A. Kirmes.**

Hochfeines

Backobst

(besteht aus amerikan. Ringäpfeln, gesch. Birnen, Pflaumen, Kirschen, Aprikosen, Pfirsichen, Prünellen, Datteln, Feigen zc.)

60 Pfg. per Pfund.

S. Simon.

Nähmaschinen!

Hocharmige für 50 Mk.
frei Haus, Unterricht und 3jährige Garantie.
Dürkopp-Nähmaschinen, Ringschiffchen, Wheler & Wilson, zu den billigsten Preisen.

S. Landsberger, Heiligegeiststraße 18.

Theilzahlungen monatlich von 6,00 Mark an
Reparaturen schnell, sauber und billig.

Ueber 37000 St. bereits verkauft.



und schützt sicher gegen

Rauchbelästigung.

Vorzügl. Dunstabsauger.
Lieferung auf 14tägige Probe.
Prospecte gratis u. franco.
Agenten überall bei hoher Provision gesucht. **Niederlage: E. C. Boehnke, Königsberg i. Pr., Henschestr. 15.**

Spurlos verschwunden

sind alle Hautunreinigkeiten und Hautausschläge, wie Flechten, Finnen, Mitesser, Blüthchen, rothe Flecke zc. durch den täglichen Gebrauch von

Bergmann's Carboltheerschwefel-Seife

von **Bergmann & Co.** in **Radebeul-Dresden** (Schutzmarke: Zwei Bergmänner).
à Stück 50 Pfg. bei: **Adolf Leetz und Anders & Co.**

Pianoforte

Fabrik **L. Herrmann & Co., Berlin,** Neue Promenade 5, empfiehlt ihre Pianinos in kreuzsaitiger Eisenconstruction, höchster Tonfülle und fester Stimmung. Versand frei, mehrwöchentliche Probe, gegen bar oder Raten von 15 M. monatlich an ohne Anzahlung. Preisverzeichniss franco

Der leidenden Menschheit

bin ich gerne bereit ein Getränk (weder Medicin noch Geheimmittel) **unentgeltlich** namhaft zu machen, welches mich und viele Andere von langjährigen Magenbeschwerden, Appetitlosigkeit und schwacher Verdauung befreit hat.

Th. Dreyer, Hannover, Haltenhoffstr. 3.

Harzer



Kanarienvögel,

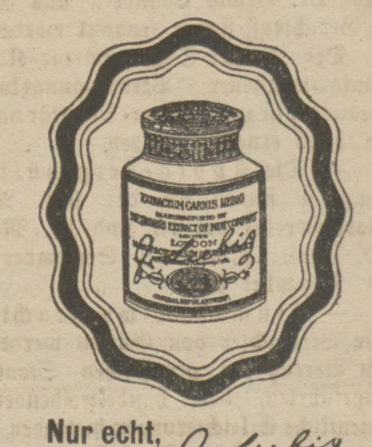
liebliche Sänger, empfiehlt
G. Grundmann, Breitestr. 37.

Rauchclub Pfeifendeckel.

Zur Feier des Geburtstages Sr. Majestät versammeln sich die Mitglieder Sonntag, den 29. d. Mts., pünktlich 2 Uhr im Vereinslokal M. Hoppe, Mellienstraße 66.

Gäste willkommen. **Der Vorstand.**

LIEBIG Company's
FLEISCH-EXTRACT.



Nur echt, wenn jeder Topf den Namenszug [Unterschrift] in blauer Farbe trägt.

Einige Herren finden **guten Mittagstisch,** auf Wunsch auch ganze Pension,
Culmerstr. 11, 2 Tr. L. Gedemann.

Wer schnell und billig Stellung finden will, der verlange per Postkarte die „Deutsche Vakanzen-Post" in Eßlingen.

Zum 1. April d. J. suche ich für meine Buchhandlung einen

Lehrling

mit den nöthigen Schulkenntnissen.
E. F. Schwartz.

Ein Lehrling

findet in meinem Colonialwaaren- u. Destillationsgeschäft Stellung **Hugo Eromin.**

Kirchliche Nachrichten.

Sonntag, d. 29. Januar 1899:

Altstädt. evangel. Kirche.
Vorm. $9^{1}/_{2}$ Uhr: Gottesdienst.
Herr Pfarrer Jacobi.
Abends 6 Uhr: Gottesdienst.
Herr Pfarrer Stachowitz.
Kollekte für den Bethausbau in Gludczyn, Kreis Flatow.

Neustädt. evangel. Kirche.
Vorm. $9^{1}/_{2}$ Uhr: Gottesdienst.
Herr Pfarrer Heuer.
Nachher Beichte und Abendmahl.
Kollekte für den Bethausbau in Gludczyn, Kreis Flatow.
Nachmittags: kein Gottesdienst.

Evangelische Garnisonkirche.
Vorm. $10^{1}/_{2}$ Uhr: Gottesdienst.
Herr Divisionspfarrer Strauß.
Nachm. 2 Uhr: Kindergottesdienst.
Herr Divisionspfarrer Strauß.

Evangel. luth. Kirche.
Vorm. 9 Uhr: Gottesdienst.
Herr Superintendent Rehm.

Mädchenschule in Mocker.
Nachm. 5 Uhr: Gottesdienst.
Herr Pfarrer Heuer.

Ev. Kirche zu Podgorz.
Vorm. $^{1}/_{2}$10 Uhr: Beichte. 10 Uhr: Gottesdienst, dann Abendmahl.
Herr Pfarrer Endemann.

Enthaltsamkeits-Verein zum „Blauen Kreuz".

Evangelische Schule zu Podgorz.

Sonntag, d. 29. Jan. 1899, Nachm. $3^{1}/_{2}$ Uhr: Vortrag des Vorsitzenden S. Streich, Ansprachen verschiedener Herren, Damen-Deklamationen.

Thorner Marktpreise

am Freitag, den 27. Januar 1899:

Der Markt war mit Fischen u. Fleisch gut, jedoch mit allen Landprodukten mittelmäßig beschickt.

		niedr. Preis		höchst. Preis	
Rindfleisch	Kilo	—	90	1	—
Kalbfleisch	„	—	80	1	—
Schweinefleisch	„	1	10	1	20
Hammelfleisch	„	—	90	1	—
Karpfen	„	1	20	1	80
Aale	„	—	—	—	—
Schleie	„	—	—	—	—
Zander	„	1	20	1	40
Hechte	„	1	20	1	40
Bressen	„	—	60	—	80
Schollen	„	—	—	—	—
Puten	Stück	3	50	7	—
Gänse	„	—	—	—	—
Enten	Paar	3	50	4	50
Hühner, alte	Stück	1	30	2	—
„ junge	Paar	—	—	—	—
Tauben	„	—	75	—	—
Rebhühner	„	—	—	—	—
Hasen	Stück	2	50	—	—
Butter	Kilo	1	70	2	40
Eier	Schock	2	40	3	20
Kartoffeln	Zentner	1	80	2	—
Heu	„	2	50	—	—
Stroh	„	1	80	—	—

Für Börsen- u. Handelsberichte zc. sowie den Anzeigentheil verantw. E. Wendel-Thorn.

Hierzu eine Beilage.

Druck und Verlag der Buchdruckerei der Thorner Ostdeutschen Zeitung, Ges. m. b. H., Thorn.